

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 92. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Mai 2008, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|---|--------------|
| 1. Zustimmung des Finanzausschusses nach § 25 des Haushaltsgesetzes zur alternativen Errichtung und Finanzierung des Erweiterungsbaus der Universität Flensburg durch einen privaten Dritten | 5 |
| Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/2933 | |
| Schreiben des Landesrechnungshofs Umdruck 16/3043 | |
| Stellungnahme des Wissenschaftsministeriums Umdrucke 16/3073 und 16/3117 | |
| 2. Zukunft der HSH Nordbank | 7 |
| Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1989 Nr. 1 und 3 | |
| 3. Privatisierung der Spielbanken Schleswig-Holstein | 9 |
| Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1834 | |
| 4. Schutz von Immobilienbesitzern | 11 |
| Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1806 | |
| Änderungsantrag der Fraktion der FDP Umdruck 16/3036 | |
| Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD Umdruck 16/3086 | |
| 5. Wirtschaftsförderung des Landes | 12 |
| Vertrauliche Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Vertraulicher Umdruck 16/3120 | |
| 6. Jährlicher Bericht der Schleswig-Holsteinischen Seemannsschule Lübeck-Travemünde gemäß § 10 a LHO | 13 |
| Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/3059 | |

- 7. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten - Ungleichbehandlung von in einer Lebenspartnerschaft lebenden Beamten im Landesdienst beseitigen 15**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1887
- 8. Einwilligung des Finanzausschusses in eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für Schuldendiensthilfen an die Fachklinik Schleswig und die Psychiatrium Gruppe in Neustadt 16**
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/3103
- 9. Bericht des Finanzministers über das Ergebnis der 131. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 6. bis 8. Mai 2008 in Meißen 17**
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/3101
- 10. Information/Kenntnisnahme 18**
- Umdruck 16/3039 - INTERREG IV B-Programme Ostsee und Nordsee
Umdruck 16/3040 - Förderung der Musikschularbeit
Umdruck 16/3041 - Lehraufträge an
Umdruck 16/3042 - Landesbeschaffungsordnung
Umdruck 16/3058 - Fraunhofer-Institut in Lübeck
Umdruck 16/3071 - Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein und Hamburg
Umdruck 16/3072 - Kooperation der Patentverwertungsagenturen
Umdruck 16/3074 - Kompensationsmaßnahmen Kommunen
Umdruck 16/3100 - Sparkasse Südholstein
- 11. Verschiedenes 19**

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Zustimmung des Finanzausschusses nach § 25 des Haushaltsgesetzes zur alternativen Errichtung und Finanzierung des Erweiterungsbaus der Universität Flensburg durch einen privaten Dritten

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2933

Schreiben des Landesrechnungshofs
Umdrucke 16/3043 und 16/3117

Stellungnahme des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 16/3073

M Austermann führt aus, man stehe mit dem Finanzministerium im Gespräch darüber, innerhalb des Landeshaushaltes zu einer gewissen Verlagerung zugunsten der Bildungs- und Hochschulpolitik und speziell der Universität Flensburg zu kommen. Denn die Hochschulausgaben hätten sich in den letzten Jahren weit unterproportional entwickelt. Mit dem geplanten Erweiterungsbau wolle man der Universität Flensburg mit steigenden Studierendenzahlen bis 2025 eine Perspektive geben und den Fehlbedarf über 3.400 m² Fläche ausgleichen.

Abg. Spoorendonk unterstützt die Haltung des Wissenschaftsministers und begrüßt eine Stärkung des Hochschulstandorts Flensburg, der aufgrund wachsender Studierendenzahlen auch außerhalb der Lehrerbildung attraktiv gestaltet werden müsse.

P Dr. Altmann stellt sich auf den Standpunkt, dass mit Blick auf die Situation des Landeshaushalts auch im Bereich der Hochschulen Einsparungen erforderlich blieben und durch geschickte Steuerung der Strukturen auch möglich seien.

Abg. Sauter erwartet von der Realisierung der ÖPP-Variante Kostenvorteile von deutlich mehr als 1,3 % gegenüber der konventionellen Realisierung.

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss dem Antrag der Landesregierung zu, das ÖPP-Ausschreibungsverfahren für den Erweiterungsbau der Universität Flensburg auf der Grund-

lage des Ergebnisses der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der I-Bank gemäß dem Leitfaden der Finanzministerkonferenz freizugeben. Eine Entscheidung über die Auftragsvergabe - ÖPP-Realisierung oder konventionelle Realisierung - will er von den Ergebnissen der endgültigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und der Ausschreibung abhängig machen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zukunft der HSH Nordbank

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1989 Nr. 1 und 3

(überwiesen am 23. April 2008)

M Wiegard legt Wert auf die Feststellung, den Finanzausschuss (am 30. August 2007) beziehungsweise den Beteiligungsausschuss (am 26. Februar und 13. März 2008) in Sachen HSH jederzeit zeitnah und umfassend informiert zu haben. Am 13. Mai 2008 hätten sich die öffentlichen Anteilseigner auf die quotale Beteiligung aller Anteilseigner an der Kapitalmaßnahme verständigt; eine Verständigung mit dem privaten Anteilseigner werde in Kürze herbeigeführt. Nach der Beschlussfassung im Aufsichtsrat, in der Hauptversammlung und im Kabinett werde man dem Finanzausschuss das Gesamtpaket am 10. Juli 2008 zur Beschlussfassung vorlegen (§ 18 Abs. 14 und 15 sowie § 16 Abs. 6 des geltenden Haushaltsgesetzes).

Abg. Sauter hält Punkt 1 des FDP-Antrages für erledigt, weil der Finanzminister durch die umfassende Information des Finanz- und Beteiligungsausschusses in Sachen HSH zu jeder Zeit höchstmögliche Transparenz hergestellt habe.

Abg. Kubicki hinterfragt die Informationspolitik der Bank und die Rolle des Aufsichtsrates im Zusammenhang mit verlustreichen Immobiliengeschäften. Er vermute, dass die Geschäftsführung der HSH mit ihrer Geschäftspolitik und Ausrichtung in bestimmten Bereichen die eigenen Aufsichtsgremien nicht zeitnah so unterrichtet habe, dass sie entsprechende Entscheidungen hätten treffen können. Es gehe darum zu vermeiden, dass das Land als Anteilseigner in risikoreiche Geschäfte involviert werde.

M Wiegard legt Wert auf die Feststellung, dass die in Rede stehende Kapitalmaßnahme mit der gegenwärtigen Kapitalmarktkrise in keinem Zusammenhang stehe. Die Aktivitäten insbesondere der letzten drei Jahre seien seit der Fusionsphase der Bank 2003 darauf ausgerichtet, die von den Ratingagenturen immer wieder angemahnte Eigenkapitalsituation deutlich zu verbessern. Diesem Ziel diene der geplante Börsengang, der in der derzeitigen Lage des Kapitalmarktumfeldes wenig erfolgversprechend wäre. Im Übrigen habe auch der private Anteilseigner noch einmal sein Interesse daran unterstrichen, dass die öffentlichen Anteilseigner in den nächsten drei bis vier Jahren über 50 % der Anteile hielten.

Abg. Herdejürgen äußert sich erfreut über die Verständigung der Anteilseigner über die Kapitalmaßnahme. Für die SPD-Fraktion erklärt sie, man favorisiere den Weg, vor einer Zusage der Landesregierung über eine Kapitalerhöhung der HSH Nordbank die Zustimmung des Landtages einzuholen.

M Wiegard weist noch einmal darauf hin, dass das Vorgehen der Landesregierung durch das vom Landtag beschlossene Haushaltsgesetz gedeckt sei.

Abg. Kubicki möchte wissen, ob für den Fall, dass der Börsengang 2010 nicht zustande komme, mit einer weiteren Verpflichtung des Landes Schleswig-Holstein zur Eigenkapitalzuführung zu rechnen sei und - wenn ja - in welcher Größenordnung.

M Wiegard entgegnet, über den Börsengang und etwaige Alternativen zum gegenwärtigen Geschäftsmodell müsste man zu gegebener Zeit im Lichte der dann gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entscheiden.

Abg. Heinold hebt die Bedeutung der Sicherheit der Geldanlagen hervor und bittet das Finanzministerium, den Beteiligungsausschuss über Maßnahmen zur Verbesserung des Controllings zur Risikominimierung zu unterrichten.

M Wiegard sagt eine entsprechende Information zu dieser Frage ebenso zu wie zum Stand der UBS-Klage.

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, Nummer 1 des Antrages unverändert anzunehmen. Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, Nummer 3 des Antrages abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Privatisierung der Spielbanken Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1834

(überwiesen am 29. Februar 2008 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2971, 16/3037, 16/3052, 16/3067, 16/3070, 16/3110

Abg. Heinold bezieht sich auf die Stellungnahme von ver.di Umdruck 16/3070, und schlägt vor, die Investitionsbank als möglichen künftigen Spielbankenbetreiber im Ausschuss anzuhören.

Abg. Kubicki erwartet von der Regierung, wenn sie eine Öffnung für private Betreiber ablehne, dass sie die Attraktivität der Spielbanken und die Arbeits- und Einkommensverhältnisse der Beschäftigten durch geeignete Maßnahmen verbessere.

Abg. Arp unterstützt den Vorschlag von Abg. Heinold, sich die Vorschläge der Investitionsbank zur Verbesserung der Situation vortragen zu lassen. Er wiederholt das Ziel der CDU-Fraktion, die Spielbanken später zu privatisieren.

Der Vorsitzende bekräftigt die Auffassung der SPD-Fraktion, den Betrieb der Spielbanken von der HSH Nordbank auf die Investitionsbank zu übertragen und damit - entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts - in staatlicher Hand zu belassen.

Abg. Spoorendonk legt Wert darauf, dass ein zukünftiger potenzieller privater Betreiber die gleichen arbeitsrechtlichen Bedingungen wie die Investitionsbank erfüllen müsse.

P Dr. Altmann erinnert an den Bemerkungsbeitrag des Rechnungshofs aus dem Jahre 2003, die Spielbankkonzessionen im Wettbewerb zu vergeben, um die finanziellen Möglichkeiten besser ausschöpfen zu können. Der Verkauf an die Investitionsbank wäre ohne Änderung der Rechtsgrundlagen möglich, sollte aus Sicht des Rechnungshofs aber allenfalls ein Zwischenschritt sein.

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über den FDP-Antrag zurück. Zunächst möchte er in einer der nächsten Sitzungen ein Gespräch mit der Investitionsbank führen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Schutz von Immobilienbesitzern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1806

(überwiesen am 30. Januar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Finanzausschuss)

hierzu: Schreiben des Sparkassen- und Giroverbandes
Umdruck 16/3035

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Umdruck 16/3036

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/3086

Abg. Kubicki macht darauf aufmerksam, dass nach seiner Kenntnis auf Bundesebene nur noch die Frage der Definition des notleidenden Kredites offen sei, zu der es eine Überlegung des Bundesjustizministeriums zur Änderung von § 490 BGB gebe.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Finanzausschuss, den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Umdruck 16/3036 abzulehnen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP empfiehlt der Ausschuss, den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen Umdruck 16/3086 anzunehmen und damit den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1806 in so geänderter Fassung anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Wirtschaftsförderung des Landes

Vertrauliche Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Vertraulicher Umdruck 16/3120

Der Vorsitzende kritisiert, dass die Auskunftserteilung durch das Wirtschaftsministerium nicht vollständig sei und die Vorlage als vertraulich eingestuft werde.

M Austermann unterstreicht noch einmal das Bemühen seines Hauses, alle Auskunftswünsche des Finanzausschusses möglichst zeitgerecht zu erfüllen. Die Vertraulichkeit liege darin begründet, dass die Förderung in der Regel mit zusätzlichen Darlehen, Bürgschaften und anderen Finanzierungshilfen des Landes verbunden sei, die dem Bankengeheimnis unterlägen. Er regt an, sich die Fördergrundsätze der Investitionsbank, der Mittelständigen Beteiligungsgesellschaft und der Bürgschaftsbank vortragen zu lassen.

Der Vorsitzende erbittet im Namen des Finanzausschusses die angeforderte Übersicht analog dem mit dem Ministerium in der 29. Finanzausschusssitzung am 16. Februar 2006 abgestimmten Verfahren.

Abg. Spoorendonk macht darauf aufmerksam, dass Agrarsubventionen der EU seit 2005 der Informationsfreiheit unterlägen, und fragt nach entsprechenden Konsequenzen für die Offenlegung der staatlichen Förderung von Unternehmen.

Abg. Heinold bittet das Wirtschaftsministerium, die in der Pressemitteilung vom 13. Februar 2008 genannte Zahl von 2.136 neu geschaffenen Arbeitsplätzen schriftlich zu belegen.

M Austermann sagt zu, dem Finanzausschuss die angeforderte Unterlagen zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung wie im Jahr 2006 als vertrauliche Vorlage zuzuleiten. Außerdem stimmt er zu, den zunächst als vertraulich eingestuften Umdruck 16/3120 öffentlich zu machen.

Der Finanzausschuss wird die Thematik auf die Tagesordnung der Sitzung am 12. Juni 2008 setzen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Jährlicher Bericht der Schleswig-Holsteinischen Seemannsschule Lübeck-Travemünde gemäß § 10 a LHO

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/3059

M Austermann unterstreicht die Bedeutung der maritimen Wirtschaft in Schleswig-Holstein und die Notwendigkeit, die Ausbildung im maritimen Bereich zu verstärken und das Fortbildungsangebot aufrechtzuerhalten, gerade im Bereich Schiffssicherheit. Die relativ hohen Gemeinkosten der Seemannsschule blieben auch bei einer Absenkung des Fort- und Weiterbildungsangebots bestehen. Das Ministerium unterstütze die Bemühungen der Seemannsschule für ein weitgefächertes, marktgerechtes Angebot an Aus- und Fortbildung. Im Übrigen kooperiere man mit der Seemannsschule in Rostock. Die Einführung einer Plankostenrechnung sei für die Seemannsschule nicht vorgesehen.

Abg. Kubicki hält es für konsequent, die Seemannsschule nicht länger als Modellprojekt gemäß § 10 a LHO zu führen, weil mit der fehlenden Plankostenrechnung die Grundlage für die outputorientierte Budgetierung fehle.

Frau Böttcher äußert, mit der Zeit habe sich herausgestellt, dass die Seemannsschule für ein Modellprojekt nicht geeignet sei.

P Dr. Altmann bekräftigt die Forderung des Landesrechnungshofs, die verdeckte Dauersubvention der Seemannsschule durch geeignete Maßnahmen zu beenden.

Abg. Koch weist darauf hin, dass die Gemeinkosten zu einem Großteil durch Erlöse gedeckt würden.

M Austermann hält es für politisch geboten, als Küstenland alles zu tun, um die Schifffahrtsausbildung zu stärken, die Zusagen der Reeder zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass ein möglichst großer Teil an Schiffen unter deutscher Flagge fahre.

Herr Unger macht darauf aufmerksam, dass es sich bei den Fortbildungsangeboten um freiwillige Leistungen handele. Wenn tatsächlich eine Vollkostenrechnung zugrunde gelegt wür-

de, stünde zu befürchten, dass die Fortbildungsmaßnahmen nicht mehr in Anspruch genommen würden, was insbesondere auf die Schiffssicherheit negative Auswirkungen hätte.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Gleiche Rechte, gleiche Pflichten - Ungleichbehandlung von in einer Lebenspartnerschaft lebenden Beamten im Landesdienst beseitigen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1887

(überwiesen am 29. Februar 2008 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2959, 16/2983, 16/2984, 16/2987, 16/3053, 16/3068,
16/3076, 16/3088

(Verfahrensfragen)

Der Finanzausschuss stellt die Beschlussfassung über den FDP-Antrag „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten - Ungleichbehandlung von in einer Lebenspartnerschaft lebenden Beamten im Landesteil beseitigen“, Drucksache 16/1887, zurück. In der Sache signalisieren alle Fraktionen grundsätzliche Zustimmung. Der Finanzausschuss bittet die Landesregierung, dem Anliegen des Antragstellers im Rahmen der Änderung des Landesbeamtengesetzes Rechnung zu tragen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Einwilligung des Finanzausschusses in eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für Schuldendiensthilfen an die Fachklinik Schleswig und die Psychiatrium GRUPPE in Neustadt

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/3103

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die von der Landesregierung erbetene Einwilligung in eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für Schuldendiensthilfen an die Fachklinik Schleswig und die Psychiatrium GRUPPE in Neustadt, Umdruck 16/3103.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bericht des Finanzministers über das Ergebnis der 131. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 6. bis 8. Mai 2008 in Meißen

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/3101

M Wiegard führt in die Vorlage Umdruck 16/3101 ein. Schleswig-Holstein werde gegenüber den Steuerschätzungen des letzten Jahres bis zum Jahr 2011 voraussichtlich rund 620 Millionen € mehr einnehmen, die Kommunen rund 400 Millionen € mehr. Für Land und Kommunen zeichne sich damit eine moderate, aber stetige Aufwärtsentwicklung bei den Steuereinnahmen ab.

Abg. Kubicki fragt nach den finanziellen Auswirkungen der Pendlerpauschale, der Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres und des weiteren Ausbaus der Kinderbetreuung.

M Wiegard stellt klar, dass die Steuermehreinnahmen keinen Spielraum für neue Ausgabenprogramme schafften. Neue Aufgaben (zum Beispiel Ausbau der Kinderbetreuung) müssten vielmehr durch Umschichtungen im Haushalt ausgabenneutral finanziert werden. Ziel bleibe die Aufstellung eines verfassungsgemäßen Haushalts. Die Wiedereinführung der Pendlerpauschale könnte für Schleswig-Holstein Mindereinnahmen von 30 Millionen bis 40 Millionen € bedeuten, die wahrscheinlich durch eine zusätzliche Kreditaufnahme aufgefangen werden müssten.

Abg. Sauter hält Änderungen bei der Pendlerpauschale für unausweichlich.

Eine Frage von Abg. Heinold zu Kompensationsmaßnahmen für die Kommunen (Umdruck 16/3074) beantwortet der Finanzminister dahin, neben der Entlastung bei der Feuerchutzsteuer in Höhe von 1 Million € jährlich werde man im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen ab 2009 zu Regelungen kommen, die sich im Haushalt darstellten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Finanzministers zur Kenntnis. Auf Anregung von Abg. Kubicki wird der Ausschuss das Thema „Auswirkungen der Steuerschätzung auf die Haushalte der Kommunen und Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen; in diesem Zusammenhang soll auch Umdruck 16/3074 behandelt werden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/3039 - INTERREG IV B-Programme Ostsee und Nordsee

Umdruck 16/3040 - Förderung der Musikschularbeit

Umdruck 16/3041 - Lehraufträge an

Umdruck 16/3042 - Landesbeschaffungsordnung

Umdruck 16/3058 - Fraunhofer-Institut in Lübeck

Umdruck 16/3071 - Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein und
Hamburg

Umdruck 16/3100 - Sparkasse Südholstein

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke ohne Nachfragen zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Finanzausschuss begrüßt die Ankündigung des Präsidenten des Landesrechnungshofs, seine diesjährigen Bemerkungen den Mitgliedern des Finanzausschusses vor der Übergabe an die Exekutive und vor der Pressekonferenz zuzuleiten.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer